

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. (rei Haus 2,50 M., Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,30 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4 Jahrgang Dresden, Freitag den 28. Dezember 1928 Nummer 301

Die KPD für „Vaterlandsverteidigung“

Die Grundlage des Wehrprogramms

Berlin. (Eig. Drahtbericht.)
Wie die demokratische Presse erfährt, wird im Laufe des heutigen Tages das sozialdemokratische Wehrprogramm veröffentlicht. Nach Mitteilungen des Berliner Tageblattes ist das Kernstück dieses Programms, daß die Sozialdemokratie bei dem gegenwärtigen Rüstungsstande die Notwendigkeit einer Wehrmacht und der Landesverteidigung für das Deutsche Reich unbedingter anerkennt. Damit wird die Politik des 4. August nunmehr auch theoretisch von der Sozialdemokratie anerkannt. In Anbetracht der Zuspitzung der Kriegsgefahr, insbesondere der Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion, stellt das sozialdemokratische Wehrprogramm ein direktes Bekenntnis zur Vorbereitung und Durchführung des Antisowjetkrieges Schulter an Schulter mit der imperialistischen Bourgeoisie dar.

Das sozialdemokratische Wehrprogramm fordert unter anderem die Republikanisierung der Reichswehr und ihres Nachwuchses; in diesem Zusammenhang werden auch Personalveränderungen vorgeschlagen. Bei der grundsätzlichen Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Aufrüstung und Landesverteidigung bedeutet diese Forderung nichts anderes, als die Aufnahme von Reichsbannermitgliedern in die Reichswehr und die Erklärung des Reichsbanners als Rekrutierungsorganisation für den neudeutschen Imperialismus. So will die Sozialdemokratie nicht nur ideologisch und politisch, sondern auch militärisch den Krieg vorbereiten und dem Moloch Imperialismus erneut Kanonenfutter liefern.

Die revolutionäre Arbeiterklasse, die dieser Politik nicht noch einmal wehrlos ausgeliefert werden will, muß sich gerade deshalb um die Frage der kommunistischen Partei sammeln und durch Teilnahme an den zehn-jährigen Feiern der KPD den Willen zum Kampf gegen einen neuen 4. August demonstrieren.

Ablehnung des Werftschiedspruches

Bremen, 28. Dez. (Eig. Drahtbericht.)
Bei der Urabstimmung der streikenden Werftarbeiter ergaben sich 3737 für Ablehnung und 305 für Annahme des Schiedspruches. 12 Stimmen waren ungültig.

Nach diesen Teilergebnissen ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auch die heute in Hamburg stattfindende Urabstimmung ein ähnliches Resultat zeitigen wird und die Werftarbeiter sich für die Fortsetzung des Kampfes entscheiden.

Glänzende Teilergebnisse der Abstimmungen

Stettin, 28. Dez. (Eig. Drahtbericht.)
Die am Donnerstag vorgenommene Urabstimmung der Werftarbeiter brachte eine starke Zurückweisung des Schiedspruches. An der Abstimmung beteiligten sich 1055 Werftarbeiter, hiervon hatten 1049 für Ablehnung und nur 18 für Annahme des Schiedspruches gestimmt.

Unter Druck gesetzt
Die reformistische Zentralkommission gegen sozialdemokratische Verwirrungsmänner
Hamburg, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die reformistische Zentral-Werftkommission mußte gestern unter dem Druck der Arbeiter eine Erklärung gegen das Hamburger Echo veröffentlichen. Das Hamburger Echo hatte behauptet, daß der neue Schiedspruch für die Werften einen Pfennig mehr bringen würde und daß nunmehr der Streit beendet sei. Die Erklärung der Zentral-Werftkommission dementierte die Behauptung des Hamburger Echo und schrieb am Ende ihrer Erklärung „Dieser Satz ist geeignet, ernste Verwirrung unter der Werftarbeitererschaft hervorzurufen“. Diese Erklärung zeigt zur Genüge die Stimmung der Hamburger Werftarbeiter.

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt!“

Die „Mutterpartei“ an die Liquidatoren

Von Rudolf Renner

Die Leipziger Volkszeitung vom Montag dem 24. Dezember beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit dem Offenen Brief des Effl. Man merkt diesem Artikel recht deutlich an, wie sehr enttäuscht die Sozialdemokraten von dieser Entscheidung der Exekutive sind. Diese SPD-Leuten hatten noch bis zuletzt den Mitteltungen der Liquidatoren Glauben geschenkt, daß man in Rußland den Ausschluß der Fraktionsmänner nicht beschließen werde. Sie spekulierten deswegen damit, daß die Rechten noch lange Zeit die Möglichkeit haben werden, in der Partei zu

wählen und Zerfetzungsarbeit zu betreiben. Noch härter wie in der Leipziger Volkszeitung machte sich diese Enttäuschung in der Dresdner Volkszeitung bemerkbar. Diese brachte nur eine respektierende Darstellung des Effl.-Briefes und am Montag eine kurze Notiz, in der sie sich darüber wunderte, „daß noch Kommunisten übrig bleiben“. Gestern nun hat die Dresdner Volkszeitung, wie üblich aus dem Urabstimmungsübernehmen, eine neue Entdeckung gemacht, die wieder einige Hoffnung auf „Zersplitterung der KPD“ gibt. Sie schreibt: „Bucharin fast gestellt“, „Clara Zetkin gegen den Thälmann-Saustall“. Nun, noch so herbe Beschimpfungen werden die revolutionären Arbeiter nicht veranlassen, Sozialdemokraten zu werden. Ob die Mitteilung von Bucharins Urlaub richtig ist, konnten wir bisher noch nicht erfahren, auch nicht, ob die Meldung über Clara Zetkin den Tatsachen entspricht. Aber selbst, wenn dies zutreffen sollte, so wird das den Prozeß der Bolschewisierung der KPD, der Stählung zur notwendigen Kampfesfähigkeit, nicht aufhalten. Die Partei, die Komintern, hat den notwendigen Schritt getan und wird ihn bis zu Ende fortführen. Geht es gerade die deutsche Partei am tiefsten bedauern, wenn dabei so verehrte Führer wie die alte Genossin Clara Zetkin, in Opposition stehen würden und ihr Schicksal aus persönlicher Verbundenheit mit dem der Liquidatoren verknüpfen sollten. Wir wissen sehr gut, wie stark Clara Zetkin die Bande persönlicher Freundschaft hält, wir erinnern uns an ihre Stellung zum Ausschluß Paul Levis aus dem 3. Weltkongreß, wo sie noch bis zuletzt um diesen warb und der Hoffnung Ausdruck gab, daß er in den Reihen der KPD weiter kämpfen werde. Damals erledigte die Autorität Lenins jede weitere Auseinandersetzung. Heute wünschen wir nichts mehr, als daß die greise Clara gegen die Liquidatoren stehen möge und der Partei helfe, den Kampf um die Revolution weiterzuführen; denn, diesen Kampf gilt es zu führen, und dazu wird und muß die Partei ihr Rüstzeug und ihre ideologische Einstellung schärfen und reinhalten. Wir wünschen, daß sie es könne, gemeinsam mit Clara Zetkin, gemeinsam auch mit Bucharin.

Arbeitszeitverlängerung für die sächsischen Hüttenarbeiter

Wie wir bereits in der Nummer vom 24. Dezember mitgeteilt haben, hat der sächsische Landeseschlichter am 22. Dezember einen neuen Schiedspruch für die Arbeitszeitregelung in der sächsischen Hüttenindustrie gefällt. Ueber seinen Inhalt informiert nun getrennt ein offensichtlich vom Metallarbeiterverband lancierter Artikel der Dresdner Volkszeitung. Für die sächsischen Hüttenbetriebe wurde bekanntlich vor einem Jahre, am 20. Dezember 1927, von dem sächsischen Landeseschlichter Haack ein Schiedspruch gefällt, der sich im wesentlichen auf die Regelung der Arbeitszeit in der rheinischen Schwerindustrie stützte. Die sächsischen Hüttenarbeiter, insbesondere die Belegschaften von Rauhhammer, lehnten damals den offensichtlich im Widerspruch mit der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli 1927 stehenden Schiedspruch des sächsischen Schlichters ab. Nachdem die Arbeiter des Rauhhammerwerkes ihren Kampfschluß, nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen, am 2. Januar 1928 wahrgenommen hatten, sprengte die Unternehmerorganisation auch die übrigen Hüttenbetriebe aus. Nach dem Schiedspruch vom 20. Dezember 1927 sollte bekanntlich in den Thomaßhüttenwerken, bei Martinöfen, Elektro- und Tiegelhütten das Dreischichtsystem eingeführt und dafür eine ordentliche Schicht an Sonn- und Feiertagen von 22 bis 6 Uhr ermöglicht werden. Der für die Arbeiter in der sächsischen Hüttenindustrie damit verbundene Lohnausfall wurde für Stundenlöhner nur zu 50 Prozent und für Akkordarbeiter zu 60 Prozent ausgeglichen. Für das Hammer- und Drehwerk sowie bei den fast einlegenden Walzenstrahlen sollte das Zweischichtsystem mit achtstündiger Arbeitszeit eingeführt werden. Die in dem Schiedspruch vorgesehene Regelung der Arbeitszeit an Sonntagen stellte einen offensichtlichen Verstoß gegen die Bestimmungen der Bundesratsverordnung von 1889 in Verbindung mit den Bestimmungen des § 105 der Gewerbeordnung über die Sonntagsarbeit dar. Der DVB nahm das zum Anlaß, um den ausgebrochenen Kampf in den Hüttenbetrieben auf dem Wege des Rechtsstreites zu erledigen. Nach etwa achtwöchigem Kampfe kam es zwischen dem DVB und dem Verband der Metallindustriellen zu einer Vereinbarung, wonach für die unmittelbaren Abteilungen der Arbeitszeit von Sonntag auf 6 Uhr abends, anstatt auf mittags 12 Uhr festgelegt wurde.

Das Abkommen hatte bis zum 31. Dezember 1928 Gültigkeit. Beim Abschluß jener Vereinbarung wurde seitens des DVB den Hüttenarbeitern die Versicherung gegeben, daß beim Neuaufschluß des Arbeitszeitabkommens alles darangelegt würde, um für die Hüttenarbeiter den Achtstundentag sicherzustellen. Nachdem bei dem am 10. Dezember stattgefundenen Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde der sächsische Schlichter zur Vermittlung angerufen. In den Verhandlungen vor der Schlichterkammer am 20. Dezember sollte der Schiedspruch geregelt werden. Als Grundlage sollte der Schiedspruch Severings, den man bis zu diesem Zeitpunkt erwartet hatte,

dienen. Da Severings Schiedspruch jedoch erst am Freitag verfaßt wurde, mußten die Verhandlungen auf Sonnabend den 22. Dezember vertagt werden. Die Volkszeitung berichtet getrennt darüber, daß seitens der Unternehmer auch in diesen Verhandlungen alle „Vermittlungsversuche“ der Vertreter der Hüttenarbeiter abgelehnt worden seien.

Darauf folgte Haack seinen Schiedspruch, von dem die Volkszeitung sagt, daß er in den Punkten 1 bis 3 dieselben Bestimmungen enthält, wie der Schiedspruch vom 20. Dezember 1927, die von den Hüttenarbeitern als unzureichend angesehen wurden und gegen deren Beibehaltung sie den Kampf aufnehmen. Ueber die Auswirkungen, die der neue Schiedspruch für die Hüttenarbeiter zeitigen wird, sagt der Artikel der Volkszeitung:

„Danach soll also für die Arbeiter der Thomaßhüttenwerke, Martinöfen, Elektro- und Tiegelhüttenwerke am Sonntag anstatt der bisherigen vier Stunden eine Verlangung der Arbeitszeit, für die Arbeiter der Hammer- und Drehwerke und fasteinlegenden Walzenstrahlen eine Verlangung der Sonnabendarbeiten um je 1 Stunde und der zu letzteren gehörigen Hilfsbetriebe um 1 1/2 Stunden wesentlich eintreten, trotzdem die Hüttenbetriebe mit der bisherigen Arbeitszeitregelung keine ungünstigen Produktionsergebnisse erzielt haben.“

So steht also das Wehrmachtsgesetz aus, das die Schlichtungskommission der Koalitionsregierung den sächsischen Hüttenarbeitern beibrachte und ihnen „recht netto“ Ausflücht für das Jahr 1929 eröffnet. Der Artikelstreiter der Volkszeitung, der zweifellos in der Verlor des Herrn Haack, zweiten Beschlusses des DVB Dresden, zu suchen ist, nennt das eine direkte Herausforderung der Hüttenarbeiter. Sehr richtig! Auch wir sind dieser Meinung, daß es sich hier um einen neuen frechen Vorstoß zur Anebelung der Hüttenarbeiter handelt, für den — und das gilt es hier zu betonen — der Parteigenosse des Herrn Haack, der „letzte Metallarbeiter“ aus Bielefeld, Severing, mit seinem Schiedspruch für die Metallindustrie Gruppe Nordwest, die Grundlagen geliefert hat. Das ist es, was die Metallarbeiter sehen müssen.

Was aber schlägt man Herr Haack, der ja die Hüttenarbeiterangelegenheit im DVB bearbeitet, angesichts dieses schändlichen Schiedspruches den Hüttenarbeitern vor? Mit einem zu nichts verpflichtenden Satz: „Wollen die Unternehmer den Kampf, so finden die Hüttenarbeiter gerollt“, schließt Herr Haack seinen Artikel.

Die Hüttenarbeiter, die jetzt in das verhängnisvolle Loch verlängertester Arbeitszeit gespannt werden sollen, müssen sofort zu diesem unerhörten Anschlag in großen Betriebsversammlungen Stellung nehmen und in geschlossener Front den Kampf gegen diesen schändlichen Schiedspruch für die achtstündige Arbeitszeit für alle in der Hüttenindustrie beschäftigten Arbeiter aufnehmen.

Die Melodie, die die Leipz. Volkszeitung auf den Effl.-Brief hin spielt, ist sehr bezeichnend und nicht weniger lehrreich. Der Effl.-Brief ist ein Dokument für die gesamte Arbeiterklasse. Er zeigt nochmals auf, daß die Strömungen der Brandler-Wehrhütter sozialdemokratische Strömungen innerhalb der KPD sind. Die Leipziger Volkszeitung will nichts anderes zu tun, als wie diese Feststellungen zu unterstreichen. Natürlich schreibt sie wieder, daß diese rechten Liquidatoren doch die vernünftigeren und geschickteren Leute seien. Dieses Prädikat haben die Sozialdemokraten bisher noch jedem ausgestellt, der den Kampf gegen die Sozialimperialisten abgemüht und eingestellt hat. So schreibt die Leipziger Volkszeitung denn auch über die rechte Liquidatorengruppe:

„Wir haben während der langmonatigen Kämpfe des Offener festgestellt, daß die Brandlerianer das Bestreben haben, aus der kommunistischen Partei eine Bewegung zu machen, die ernsthafter zu bewerten wäre, als das Thälmann-Gekreisch, das allortort zu hören ist.“

„Erster zu bewerten“, d. h. keineswegs im Kampf gegen die Sozialdemokraten, sondern in der Zusammenarbeit mit ihnen